

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Abgabe von Tabak an Jugendliche, Novellierung des Jugendschutzgesetzes

GR. **Perissutti** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Perissutti**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rauchen gilt als Gesundheitsrisiko Nummer 1. Umso alarmierender ist, dass Kinder und Jugendliche immer öfter und früher zu Zigaretten greifen, wie eine aktuelle Studie drastisch vor Augen führt. Demnach rauchen heute bereits 35 Prozent der Elf- bis 14-Jährigen regelmäßig, bei den 15- bis 19-Jährigen sogar jeder bzw. jede Zweite.

Das heißt: Neben der unabdingbaren Aufklärung über die gesundheitsbedrohlichen Folgen des Nikotinkonsums muss auch der Zugang zu Zigaretten für Kinder und Jugendliche erschwert werden. Doch genau in diesem Bereich weist das novellierte Steiermärkische Jugendschutzgesetz eine Schwachstelle auf, wie sie beispielsweise für die Alkoholabgabe sehr wohl ausgeräumt wurde. Denn im Steiermärkischen Jugendschutzgesetz heißt es im § 9 Abs. 4.:

„Niemand darf Tabakwaren, die Kinder und Jugendliche im Sinne des Abs. 1 nicht konsumieren dürfen, sofern sie für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind, an diese abgeben. Niemand darf alkoholische Getränke, die Kinder und Jugendliche im Sinne der Abs.1 und 2 nicht konsumieren dürfen sowie Drogen und ähnliche Stoffe, die im Sinne des Abs. 3 nicht konsumieren dürfen, an diese abgeben.“

Das heißt: Bei der Abgabe von Zigaretten und anderen Tabakwaren gibt es ein Schlupfloch. Denn während Alkohol grundsätzlich nicht an Kinder und Jugendliche abgegeben werden darf, lautet bei Tabakwaren die Einschränkung, dass diese nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sein dürfen.

Nachdem bis spätestens 1. Jänner 2007 auf Basis einer EU-Richtlinie ohnehin alle Zigarettenautomaten in Österreich insofern umgestellt werden müssen, dass ein Bezug von Tabakwaren über Automaten für Kinder beziehungsweise Jugendliche

unter 16 nicht mehr möglich sein soll, indem über Bankomatkarten/Quickcards das entsprechende Alter als Zugangsmodalität für den Erwerb von Tabakwaren gespeichert wird, wäre eine Änderung des entsprechenden Passus' des Jugendschutzgesetzes doppelt wichtig: Als Ausdruck der Notwendigkeit für eine rasche Umstellung der Automatenabgabe und vor allem in Hinblick auf die derzeitige Praxis beim Tabakverkauf in Trafiken.

Denn derzeit sehen sich die TrafikantInnen in der Steiermark durch diese Formulierung im Jugendschutzgesetz mit einer Grauzone konfrontiert. Dies im Gegensatz übrigens zu einigen anderen Bundesländern: In Vorarlberg, Kärnten und Tirol sind zum Beispiel bereits jetzt der Erwerb von Tabakwaren in Trafiken durch Unter-16-Jährige und die Weitergabe von Tabakwaren an Unter-16-Jährige auch dann verboten, wenn diese nicht für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge auf Petitionswege an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark herantreten und dahingehend um eine Novellierung des Steiermärkischen Jugendschutzgesetzes ersuchen, dass die Bestimmungen für den Erwerb beziehungsweise die Weitergabe von Tabakwaren im Jugendschutzgesetz denen des Erwerbs beziehungsweise der Weitergabe von Alkohol angepasst werden und im Sinne des Motivenberichts die für die Tabakwaren derzeit geltende Einschränkung „sofern sie für den persönlichen Gebrauch bestimmt sind“ gestrichen wird. Danke, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Die KPÖ-Fraktion stimmt der Dringlichkeit und dem Inhalt zu.

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Alexander! Die Grazer ÖVP begrüßt einen wichtigen Antrag. Zur Begründung zwei Sätze: 1.) Es ist momentan für eine Trafikantin, einen Trafikanten unmöglich zu erkennen, ob das 15-jährige Mädchen die Zigaretten für die Mutter kaufen möchte oder selbst raucht. Zweiter Punkt: Der Satz von manchen Eltern noch geprägt, „Bua, hol ma zwei Schachteln Zigaretten“ soll jetzt Gott sei Dank endlich ausgesorgt haben und wir werden natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt unsere Zustimmung geben und freuen uns, dass die im letzten Gemeinderat von Gemeinderat Heinz Hammer gestartete Initiativen somit fortgesetzt wird (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GR. **Lozinsek:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Die FPÖ wird der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen.

GRin. **Binder:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Auch die Grünen stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. **Monogioudis** zum Antrag: Ich glaube, es ist schließlich egal, wer diese Idee als Erstes hatte, jedenfalls wurde auch in der Arbeitsgruppe Raucherprävention des Gesundheitsforums schon vor dem Sommer dieser Vorstoß unternommen und das Gesundheitsamt hätte auch einen Antrag gebracht, wenn das Gesundheitsamt zuständig gewesen wäre. Aber ich bin sehr froh, dass der ganze Gemeinderat diese Problematik so sieht und dass dieser Antrag heute so beschlossen wird (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Aufgabenkritik – Begleitende Projektkontrolle durch den Stadtrechnungshof

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Die Aufgabenkritik ist natürlich unserer Meinung nach eine der wesentlichsten Themen dieser Tage, weil doch der erste Teil in die Wege geleitet werden wird. Deswegen unserer dringlicher Antrag. Die ersten Ergebnisse liegen eben vor, im Rahmen dieser Liste. Wir haben sie auch schon durchgearbeitet, wir haben sie erst am Montag bekommen. Die aufgelisteten Vorhaben sind ein breites Sammelsurium an Kürzungs- und auch Einnahmenideen, da gibt es einige sehr kreative positive, die wir auch deutlich wahrnehmen, bis hin zu sehr kurzsichtigen sind alle Facetten eigentlich abgedeckt. Viele davon scheinen diskussionswürdig zu sein und auch umsetzbar, auch sofort umsetzbar, manche wundern uns, dass sie noch gar nicht umgesetzt wurden, da hätte es ja schon einiges gegeben, was man schon lange machen könnte, viele sind auch ein politisches Armutszeugnis, vor allem weil wir wenig an Schwerpunktsetzung sehen. Einige wichtige fehlen uns und gar nicht wenige hängen von so vielen anderen Faktoren ab, dass eine tatsächliche Umsetzbarkeit von uns aus in Zweifel gezogen wird. Vielleicht gibt es auch ein paar Wünsche ans Christkind in dieser Liste, also ein paar haben wir so das Gefühl, da hängen noch viele Fragezeichen dahinter.

Auffallend an dieser Liste der 576 Vorschlägen ist aus unserer Sicht besonders Folgendes: Es muss diese Masse der Vorschläge die ErstellerInnen zuerst und dann auch die BeschlussfasserInnen oder die politischen BewerterInnen sehr beeindruckt haben, denn die von uns vom Anfang an, seit es die Aufgabenkritik Thema ist, eingeforderte Bewertung nach der Qualität und vor allem nach den nachhaltigen Wirksamkeit scheint uns stark ins Hintertreffen geraten zu sein. Wir kennen diese Liste mit den sehr lapidaren kurzen Formulierungen und den Beträgen und den Buchstaben, die die Bewertung der Umsetzbarkeit aussagen, wir kennen auch das

Formblatt, das teilweise ausgefüllt wurde, bei den Wirkungen fast nicht ausgefüllt wurde, also das haben wir zumindest so wahrgenommen. Die von uns auch vielfach monierte Schwerpunktsetzung ist für uns leider wirklich nicht erkennbar, auch wenn man sehen kann, dass sehr viel Mühe hinter dieser Aufgabenkritik steht, das anerkennen wir auch und auch Behutsamkeit zu spüren ist, das ist nicht so, dass in allen Bereichen eine radikale Handschrift erkennen lässt, die nicht überlegt ist. Also die Behutsamkeit sehen wir, aber es gibt doch einige Bereiche, wo wir uns fragen, ob denn nicht nachhaltig Mehrkosten, vor allem weil es einfach auch teilweise eine Verschiebung von Problemen in die Zukunft ist, die ja deswegen nicht mehr anfallen. Die Frage nach den Folgewirkungen ist bis heute für uns nicht noch nicht beantwortet worden, das ist nicht nur in Bezug auf Gendermainstreaming so, sondern auch in Bezug auf wesentliche Fragen im Bereich Gerechtigkeit etc.

Wir als Opposition haben mehrfach betont, dass wir bereit sind, konstruktiv an diesem Prozess mitzuwirken, da auch wir die Notwendigkeit einer Haushaltsstabilisierung natürlich sehen, ich meine, davor kann man die Augen nicht verschließen, auch wir nicht, Herr Kollege, und wir sehen auch Bereiche, wo andere Schwerpunktsetzungen und langfristige Einsparungen möglich sind oder werden. Wir sehen auch, wie schnell große Töpfe dann doch wieder locker gemacht werden können, wenn es um schnelle Beschlüsse geht, das sehen wir auch, dass da offensichtlich noch Spielräume gegeben sind, die eigentlich laut offizieller Diktion gar nicht mehr gegeben sein können. Wir wurden nicht eingebunden und nehmen nun unsere Möglichkeit wahr, wenigstens im Nachhinein einige notwendige Korrekturen beziehungsweise zumindest eine begleitende Umsetzungskontrolle des anlaufenden Prozesses einzufordern.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen StadtsenatsreferentInnen mögen in einem mit dem für den Gemeinderat vorzubereitenden Geschäftsstück, das dann ja mit dem Budget

zur Beschließung kommen soll, eine politische Bewertung vorlegen, inwieweit Auswirkungen und nachhaltige Veränderungen aufgrund der ressortspezifischen Maßnahmen zu erwarten sind und wie eben negativen Konsequenzen im Bezug auf soziale Härten, Verstärkung von Ungleichheiten, ökologische Konsequenzen etc entgegen gewirkt werden soll und

2. um Fehlentwicklungen während der Umsetzung rechtzeitig entgegen wirken zu können, wird der Stadtrechnungshof beauftragt, die „Aufgabenkritik“ im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und im Besonderen auf die Zweckmäßigkeit, die gerät uns nämlich in unserer ganzen Sparwut in den letzten Jahren auf allen Ebenen immer mehr ins Hintertreffen. Es muss auch nach dem Zweck von Sparmaßnahmen gefragt werden und nicht immer nur nach der Frage Sparen, und unterem Strich geht es um ein reines Zahlenspiel. Es geht hier um Menschen, es geht hier um die Grazer Bevölkerung und es geht um die Frage der Grundversorgung, an die wir uns doch mit Einschnitten heranwagen und deswegen diese begleitende Kontrolle.

Ich ersuche euch, das gut zu überlegen und bitte um die Annahme dieses Antrages
(*Applaus Grüne*)

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Lisa Rücker! Dem Motivenbericht auf den ich im Einzelnen nicht eingehen will, steckt doch der ernsthafte Wille der Grünen Fraktion dahinter, wie es richtig heißt, sich konstruktiv in den Prozess einzuklinken und auch die Notwendigkeit der Haushaltsstabilisierung zu erkennen. Dies ist anzuerkennen. Zum Zweiten, wir haben uns gemeinsam vorgenommen, sprich ÖVP und SPÖ, nämlich nicht nur die Stadtregerungsmitglieder zu informieren, sondern quasi zeitgleich, nämlich die Grünen und die freiheitliche Fraktion in Kenntnis zu setzen. Ich glaube, dies ist die Möglichkeit, nicht nur sich einzubringen und auch mit entsprechenden Korrekturen und Vorschlägen auch in diesem Prozess mitzuwirken. Es gab in dem Sinne keinen Ausschluss, weil es natürlich zeitgleich erfolgt ist mit der KPÖ. Was den konkreten Antrag betrifft, so ist darauf hinzuweisen, Lisa, dass auf Grund des Umstandes, dass ein entsprechendes Stück mit Maßnahmen zur Aufgabenkritik noch gar nicht vorliegt,

was bisher bekannt ist, sind die Vorlagen die euch und der KPÖ zugegangen sind und der Öffentlichkeit und also auch kein entsprechender Beschluss gefasst wurde, aus diesem alleinigen Grund kann der Antrag nicht als dringlich angesehen werden. Das seitens der verantwortlichen politischen ReferentInnen die Auswirkungen von Sparmaßnahmen abgewogen wurden und werden, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Dies war schon im bereits laufenden Diskussionsprozess, lieber Herrmann, der Fall und im Übrigen sind wir überzeugt, dass seitens der Stadtsenatsmitglieder diese politische Bewertung der Aufgabenkritik bei den Budgetberatungen, und wie ihr wisst, sind die Budgetberatungen, die der Finanzreferent Dr. Wolfgang Riedler derzeit führt, im Gange. Und auch diese Budgetberatung, die werden ohnehin öffentlich gemacht, gar keine Frage. Ich verweise noch darauf, dass die Beamtenkommission, so wie wir es gemeinsam im Februar dieses Jahres beschlossen haben, unter Führung des Magistratsdirektors diese Bewertungen auch bewertet hat nach dem von dir angegebenen Kriterien. Also die lang- und mittelfristigen Auswirkungen, die Versorgungssicherheit, die Härtefälle, die ökologischen Risiken, die KundInnenzufriedenheit etc. und die politischen Referentinnen und Referenten diese gesehen und auch ausgeschieden und bewertet haben, denn nicht alle kamen sozusagen in die Endrunde und damit ist auch diesem Kriterienkatalog weitgehendst entsprochen worden. Der Magistratsdirektor, so viel ich weiß, als Leiter der Projektsteuerungsgruppe steht jederzeit zur Verfügung, nehme ich an, bei allfälligen Rück- und Nachfragen diesbezüglich auch hier Einschau gewähren zu lassen, wenn es dem Sachprozess und der Mitarbeit der Opposition auch dienlich ist. In diesem Sinne lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister! Zuerst eine sachliche Richtigstellung, ich bin nur ein einfacher, kleiner Gemeinderat, kein Klubobmann.

Zwischenruf GR. Herper: Aber ein großer Gemeinderat.

Mag. **Korschelt**: Wir wollen zu einem sehr ernsten Thema kommen und wir würden, wenn es die Grünen erlauben, und ich hoffe, sie werden es erlauben, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und ich möchte auch ein paar Sätze zum Inhalt sagen. Grundsätzlich tritt unsere Fraktion natürlich zum Spargedanken sehr positiv auf, nur die Art und Weise, wie Sie das gemacht haben, mit dieser Art und Weise können wir uns überhaupt nicht identifizieren und gestatten Sie mir, wenn ich das so sage, es ist vielleicht ein bisschen polemisch, aber es erinnert mich so ein bisschen an einen Elefanten im Porzellanladen, so wie Sie hier gefuhrwerkelt haben und es wird immer gesprochen von der Dienstgeberverantwortung, bitteschön, da müssen Sie ein bisschen feinfühler sein, weil ich glaube, ich möchte es auch nicht als Dienstnehmer erfahren, wenn in der Zeitung steht, dass meine Werkstatt oder in dem Fall meine Schule aufgelöst wird, dass mein Arbeitsplatz aufgelöst wird, also das hat mit Feinfühligkeit, aber da liegen Sie schon sehr weit weg dann. Und dann, Herr Bürgermeister, wenn Sie sagen, es ist am nächsten Dienstag ein Termin, ich nehme an, Sie haben sich da wahrscheinlich versprochen, wenn Sie sagen, es kommen Schülervertreter, ja bitteschön, die Schülervertreter von der Ries das sind so kleine Buben und Mädchen mit 8, 9 Jahren, die kommen zum Bürgermeister und schlagen auf den Tisch und sagen, Herr Bürgermeister, wir wollen die Schule haben. Bitteschön die trauen sich ja gar nicht einmal rein, also ich nehme an, Sie haben wohl gemeint, die Elternvertreter. Aber das ist die Vorgangsweise, die wir nicht dulden können, wie gesagt, wir werden sie akzeptieren müssen, mit unserer Größe müssen wir es natürlich akzeptieren, aber so kann es nicht gehen, dass Sie zuerst in die Presse gehen und dann informieren Sie, das stimmt ja auch nicht, was du gesagt hast, so richtig ist das nicht gewesen, weil es schon am Samstag sind ja die großen Eckpfeiler schon in der Presse gestanden, nicht in der Zeitung „Die Presse“ sondern in der Lokalpresse und am Montag sind erst die Klubs informiert worden und das auch nur sehr nebulos. Also von wegen, dass am Dienstag ist es dann sehr konkret in der Zeitung gestanden, also so kann es sicher nicht gehen. Wir hätten vorgeschlagen und wir würden das begrüßen, wenn eben diese Liste der Grauslichkeiten, wenn die in Form eines Gemeinderates präsentiert wurde und dann hätten wir dort diskutieren können. Es ist für uns unverständlich, dass Eltern zusätzlich zur Kasse geben werden, wenn man heute wieder liest und es ist heute schon andiskutiert worden vom Kollegen Candussi, wenn heute wieder über den Steirischen Herbst, über die Styriarte, über die Freie Szene, die haben scheinbar den

Jackpot der ÖVP und SPÖ gewonnen. Was Sie da oben am Schloßberg gemacht haben, liebe Kollegen von der ÖVP und von der SPÖ, das war 18 Stunden haben Sie dort, glaube ich, Windgebäck gebacken, weil Sie haben auch die Rechnung wahrscheinlich ohne den Wirt gemacht, für mich auch wieder komplett unverständlich, dass Sie es nicht der Mühe wert gefunden haben, mit den Belegschaftsvertretern im Magistrat, wo es wirklich um große Einschnitte geht, dass Sie sich nicht die Mühe gemacht haben, mit denen zuerst einmal zu reden und dann zu sagen, was eingespart wird. So steht es eigentlich in der Zeitung, so wie Sie es genau gemacht haben. Herr Bürgermeister, was soll am Dienstag dieses Gespräch der Elternvertreter mit der Volksschule Ries zum Beispiel bringen? Die kommen nie und Sie werden Ihnen sagen, dass Sie sie sperren, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie dort dann sagen können, na, wir lassen sie dann doch offen. Also das kann sicher nicht sein. Es ist auch für mich oder für uns unverständlich, wenn Sie hergehen und Schulen sperren beinhart, ohne mit den zuständigen Elternvertretern, ohne mit den zuständigen Lehrern, ohne mit der zuständigen Lehrgewerkschaft zu reden und auf der anderen Seite nicht bereit sind, und da möchte ich nur zwei, drei Stichwörter anführen, Parteienförderung nicht kürzen, Sie wollen sich nicht einschränken bei den Dienstwägen, Sie wolle bei den Größen der politischen Büros usw., das geht in einem fort dann.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Sind alles nur Mutmaßungen.

Mag. **Korschelt:** Nein, das sind nicht nur Mutmaßungen. Für mich war natürlich auch wichtig, weil da kann ich das auch nur unterschreiben, was die Kollegin gesagt hat, das Ganze ist ein Sammelsurium von 600 Vorschlägen, wo man so mit dem Pfeil durch die Gegend gegangen ist und jeden, der zufällig da war, den hat man getroffen. Es war so, wie es richtig in dem Antrag drinnen steht, für mich fehlt jegliches Konzept und als guter Grazer Stadtpolitiker oder Kommunalpolitiker habe ich mir gedacht, wo kann man am ehesten erfahren, wenn es um Wirtschaftspolitik, und es geht ja im Prinzip hier um Wirtschaftspolitik, geht es ja um Einsparungen, wo

kann man am meisten erfahren, wenn etwas im Busch ist, wo nicht, als wie bei der Eröffnung der Grazer Messe. Ich habe mir erlaubt, dort zu sein und muss sagen, das war für mich eine sehr denkwürdige Veranstaltung, weil es hat begonnen mit Kabarett, es war dann Kabarett mit Weihrauch und hat dann geendet wieder mit Kabarett. Begonnen hat der Messepräsident, in dem er, und da muss ich sagen, der Herr Vizebürgermeister war ja krank, Sie haben gesagt, Sie haben Grippe gehabt, ich glaube nicht, dass Sie Grippe gehabt haben, Sie haben sicher einen Phantomschmerz gehabt, weil der Präsident hat sich zum zweiten Mal wieder auf offener Bühne wieder eine Geschlechtsumwandlung durchgeführt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich bitte Sie sich auf die Dringlichkeit des Antrages zu konzentrieren und ich ersuche Sie, auch nicht Dinge in den Gemeinderatssaal und damit in die Öffentlichkeit zu bringen, die absolut nicht stimmen, weil der Kollege...

Mag. **Korschelt**: Das weiß ich ja.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn Sie das wissen, dann nehmen Sie das bitte nicht in den Mund, der Kollege Ferik ist erkrankt...

Mag. **Korschelt**: Das weiß ich, dass er krank war, das sollte nur...

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann ersuche ich Sie, bitte zur Dringlichkeit zu sprechen.

Mag. **Korschelt**: Das sollte nur gezeigt sein, dass zum zweiten Mal die Möglichkeit eben war, wie eben der Stellenwert der Grazer Politik zur Zeit eben unten herrscht. Aber bitte, ich nehme das natürlich zurück, wenn der Kollege Ferk sich dadurch beleidigt gefühlt hat, sollte nicht so gemeint sein. Aber lassen Sie mich zum Abschluss noch dazu kommen und das darf ich sagen, nachdem es auch bei dieser denkwürdigen Messeveranstaltung war, der Herr Bürgermeister, Sie haben sich ja dort als Märchenerzähler verwendet und haben dort sozusagen als Folke Tegetthoff der Grazer Stadtpolitik haben Sie ihren Auftritt gehabt und ich möchte diese Geschichte, die Sie uns dort...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist eine gefährliche Drohung.

Mag. **Korschelt**: Ich schließe das Thema schon. Herr Bürgermeister, Sie haben uns dort eine sehr schöne Geschichte erzählt von dem Würstelstand, wenn Sie sich erinnern können, wo zwei Herrschaften einen Würstelstand besessen haben, die haben dann ihren Sohn studieren lassen, der Sohn hat dann Betriebswirtschaft studiert so wie Sie und ich und der Sohn hat dann immer wieder gesagt, passt auf, liebe Eltern, es kommt eine Wirtschaftskrise und die Eltern sind dann, so wie der Bürgermeister gesagt hat, sind dann hergegangen und haben dann gesagt, ja, lieber Sohn, wenn die Wirtschaftskrise kommt, dann müssen wir halt die Würstel ein bisschen kleiner machen.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Ist jetzt Märchenstunde?

Mag. **Korschelt**: Dann sind die Würstel kleiner geworden, es sind immer weniger Leute gekommen. Ende der Geschichte war, dass er eben dann am Ende der

Geschichte der Würstelstand dann wirklich geschlossen war, weil die Eltern gesagt haben, Gott sei Dank, haben wir unseren Sohn studieren lassen, weil er uns genau gesagt hat, wie die Wirtschaftskrise ausgeht. Und jetzt komme ich zum Ende der Geschichte Herr Bürgermeister (*Applaus ÖVP*), danke für den Applaus. Da ist mir eine Geschichte, natürlich eingefallen, Herr Bürgermeister, es hat in Graz ein Ehepaar gegeben, die haben ein Geschirrgeschäft gehabt und die haben eine n Sohn gehabt und die haben gesagt, den lassen wir auch studieren, der hat Betriebswirtschaft studiert und der ist dann, da haben sie dann gesagt, lassen wir...

Zwischenruf GRin. Gesek: Das ist persönlich.

Mag. **Korschelt**: Seid doch nicht so angerührt, was ist denn da dabei, das ist überhaupt nicht persönlich. Den haben (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*)...

Zwischenrufe unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Was ist denn da persönlich, wenn der Bürgermeister BWL studiert hat, was ist da persönlich? Jedenfalls haben sie den Sohn dann BWL studieren lassen und der Sohn ist dann nicht nur ins Geschirrgeschäft eingetreten, sondern ist dann in die Politik eingetreten und dieser Sohn hat dann im Gemeinderat als Finanzreferent und jetzt als Bürgermeister immer erzählt, liebe Grazer Bürger, so toll ist es, so gut geht es uns, super geht es uns. Und wie es uns jetzt geht, das haben wir ja am Samstag beziehungsweise spätestens am Montag erfahren, dass es uns nicht so gut geht, dass diese ganze Sache, die der Herr Bürgermeister, die Sie immer erzählt haben, dass diese Situation, vor der wir ja schon, wenn Sie sich

erinnern können, schon zweimal gewarnt haben, wo es immer geheißen hat, der Korschelt malt da immer große schwarze Geier auf das Rathaus, diese Situation ist genau eingetreten. Deshalb werden wir der Dringlichkeit zustimmen und werden auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen, weil auch wir uns, so wie die Grünen, vollkommen überfahren fühlen. Danke.

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich kann jetzt schon sagen für meine Fraktion, dass wir der Dringlichkeit und dem Antrag von der Gemeinderätin Lisa Rücker zustimmen werden. Was die Art und Weise des Vorbringens der Kritik an der von SPÖ und ÖVP eingebrachten Aufgabenkritik betrifft, da darf man nicht angerührt sein, was jetzt die Kollegen von SPÖ und ÖVP betrifft. Der Herr Gemeinderat Korschelt hat es halt in einer humorigen oder in seiner Art entsprechenden Art und Weise gebracht, das muss...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Aber einen gewissen Abstand soll es in diesem Haus geben.

GRin. **Kahr**: Das brauchen Sie uns nicht sagen, wir haben uns genug auch von...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

GRin. **Kahr**: Ich bin nicht die Verteidigerin, aber ich höre immer sehr genau hin und ich kann Ihnen im Protokoll x Auszüge zeigen, wo Ihre Fraktion uns genauso in

unqualifizierter Weise kritisiert hat. Kritik muss man auch aushalten können und nur das zu der Anmerkung.

Zwischenruf GR. Kolar: Beleidigung und Humor ist etwas anderes.

GRin. **Kahr:** Wir haben Sie nicht beleidigt, wir bleiben bei der sachlichen Kritik und damit möchte ich auch weiter fortfahren. Es ist der KPÖ nicht anders ergangen, als den Kollegen der Grünen und der FPÖ, wir haben vielleicht eine halbe/Dreiviertel Stunde vorher dieses Paket der Aufgabenkritik bekommen, was das demokratiepolitisch auch zu bedeuten hat, überlasse ich Ihnen. Ich denke, dass diese Punkte, wie wir sie jetzt bekommen haben, wir haben es genauso jetzt die letzten Tage durchsehen können, für die soziale und ökologische Stadtentwicklung in dieser Stadt betrifft und für die Menschen, was das bedeutet, das kann man sich auch ausrechnen. Einige wenige Punkte sind, soweit man sie überhaupt alle erkennen kann, um was es sich handelt, das möchte ich auch dazusagen, sind durchaus nachvollziehbar. Viele Punkte bedeuten für uns, dass das ein Sparen am falschen Platz ist. Ich würde mir zumindest eines wünschen, dass man den Fraktionen hier im Haus genauere Kenntnis über die einzelnen Punkte, die hier angeführt sind, gibt, weil so, wie sie hier angeführt sind, kann damit im Großen und Ganzen nicht viel anfangen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es gehen da offensichtlich Emotionen hoch und wenn man glaubt und das möchte ich niemandem absprechen, dass man die berechtigten Anliegen der Bürger vertreten muss in einem gewissen Punkt, wir vertreten sie alle, das ist unser Anspruch, dann versteht man auch durchaus Emotionen. Von uns, die wir hier in diesem Gemeinderat Verantwortung tragen und tragen wollen, ist sicherzustellen, dass sie darauf und auch darauf, haben sie einen Anspruch, eine sachliche Antwort erhalten. Wir sind

gemeinsam, hoffentlich, bemüht, die Probleme zu lösen. Dafür sind wir gewählt worden. Folgedessen, wir nehmen das ungern zur Kenntnis, wenn jemand emotional ist, aber wir werden eine sachliche Antwort geben, der Herr Bürgermeister hat das in einem Punkt ja schon angekündigt der Tagesordnungspunkt, wurde schon genannt, wo gewisse Dinge zu erörtern sind. Zurück zum eigentlichen Thema des dringlichen Antrages der Grünen Fraktion. Der Herr Kollege Herper hat bereits ausgeführt, dass in dem mehrheitlich, mit überwältigender Mehrheit beschlossenen Verfahren zur Aufgabenkritik, dem Gemeinderatsbeschluss vom Beginn des Jahres ja ein genaues Verfahren vorgesehen ist. Das auch, ich möchte das nicht noch einmal ausführen, eine Bewertung der Maßnahmen schon von Beamtenseite, dann eine Beurteilung auch von politischer Seite vorsieht. Insofern ist nicht nur dem Antrag Rechnung getragen und, Frau Kollegin Rücker, ursprünglich, ich muss jetzt meine Wortmeldung dazu etwas ändern, hatte ich gedacht, Sie haben diesen Beschluss nicht gelesen, weil sonst verstehe ich eigentlich Ihren Antrag nicht. Aus Ihren Ausführungen habe ich aber durchaus gesehen, dass Sie sehr wohl konstruktiv vom Bemühen getragen sind, auch das Ziel zu erreichen, gemeinsam. Insofern muss ich jetzt meine Begründung ändern. Das ändert aber leider nichts daran, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen können und zwar aus weiterem folgenden Grund, einer ist vom Kollegen Herper ausgeführt worden, weil Sie, und ich komme zum Punkt 2 dieses Antrages, eine begleitende Kontrolle gemäß § 98 des Stadtstatutes, begleitende Kontrolle durch den Rechnungshof einfordern. Hiezu muss ich nach Prüfung einfach feststellen, dass dieser Paragraph für die Projektkontrolle, für die Kosteneinhaltung bestimmt ist, es geht da um Herstellungskosten und dergleichen, das ist aber jetzt nicht der Punkt...

Zwischenruf GRin. Rücker: Der Punkt ist nicht mehr drinnen.

Dr. **Piffi-Percevic**: Dann habe ich nicht Letztversion, aber ich habe in weiser Voraussicht gesagt, das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass die von Ihnen eingeforderte Kontrolle durch den Stadtrechnungshof selbstverständlich vorgesehen

ist und zwar: Auf Seite 8 des Gemeinderatsbeschlusses sehen Sie als Organbestellung für die Umsetzung der Aufgabenkritik eine Projektsteuerungsgruppe. Die wird vom Herrn Magistratsdirektor, er sitzt hier, geleitet und es gehören ihr der Herr Finanzdirektor, der im Augenblick nicht hier ist, und der Herr Baudirektor an. Diese drei Persönlichkeiten haben das Monitoring über den Prozess, wie er geschildert wurde. Dieses Verfahren ist nach der politischen Bewertung, wie sie vorgenommen wurde, zunächst abgeschlossen und da darf ich jetzt noch einfügen und zwar keineswegs in dieser Weise, Herr Kollege Korschelt, wie Sie das uns vorführen wollen, und auch Frau Kollegin Kahr, auch einige Ausführungen von Ihnen sind nicht richtig. Herr Kollege Korschelt: Am Schloßberg, nachdem wir zwei Tage, die sozialdemokratische Fraktion und die Volkspartei, in sehr schwierigen Einzelverhandlungen und Behandlungen beieinander gesessen sind. Über jeden einzelnen Punkt uns auch auf Grund der wertvollen, und ich möchte mich ausdrücklich bei der gesamten Beamtenschaft unter Führung des Herrn Magistratsdirektors bedanken, es war eine äußerst sorgfältige Arbeit (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Wir haben aus genau den Begründungen, die auch von den Beamten zum allergrößten Teil mitgeliefert wurden, einige Zähne gezogen, weil eben eine soziale Unausgewogenheit war, weil eben Folgekosten die Folge gewesen wären, die ja den Einsparungseffekt dann nicht gebracht hätten und den Journalisten ist lediglich am Schloßberg gesagt worden, was alles nicht kommt von dem, was angeblich hätte kommen sollen. Es ist ihnen keine Liste der Punkte übergeben worden, sondern das erfolgte erst am Montag darauf und da ist innerhalb von zweieinhalb Stunden...

Zwischenruf GRin. Kahr: Es war ja in der Zeitung.

Dr. **Piffl-Percevic**: ...die Regierungsfraktion der Kommunisten verständlich worden in der Stadtregierung unter Anwesenheit natürlich auch der ÖVP und SPÖ-Fraktion, kurz davor, unmittelbar davor, eine halbe Stunde ist den Journalisten diese Liste übergeben worden und unmittelbar nach der Stadtregierung sind alle Klubobleute

vom Herrn Bürgermeister und von Herrn Vizebürgermeister eingeladen worden unter Beisein des Herrn Finanzreferenten, des Herrn Stadtrates Riedler, und meine Kollegen Herper ist Ihnen, den Klubobleuten, beziehungsweise den Klubs genau dieselbe Liste wie den Journalisten und wie dem Herrn Kollegen Kaltenegger und der Frau Stadträtin Monogioudis übergeben worden. Man kann leider das nicht simultan machen, aber innerhalb kürzester Zeit. Und was den Inhalt nochmals betrifft, die Bewertung, Herr Kollege Korschelt: Es stimmt nicht, weder aus verbalen Äußerungen noch aus der Liste ist auch nur annähernd zu entnehmen, dass der ganze Demokratiebereich ausgenommen wäre von den Sparmaßnahmen, genau das Gegenteil ist der Fall und Ihr Kollege wird hoffentlich von der Sitzung des Verfassungsausschusses berichtet haben, wo eine Arbeitsgruppe beschlossen wurde, die genau diese Maßnahmen auf Ausschussebene beraten soll in demokratischer Weise und dann auch einer Beschlussführung zuführen soll. Und, Herr Kollege Candussi: Diesen Vorwurf, ich muss es noch einmal erwähnen, dass hier auch nur der Versuch einer undemokratischen Vorgangsweise irgendwo dahinter steht, ich muss das auf das Schärfste zurückweisen. Es wird auch die Debatte noch Gelegenheit dazu geben, nur weil in Ihrem Schlepptau sozusagen noch verstärkt ähnliche Vorwürfe auch von anderen Leuten gekommen sind. Wir bekennen uns zu einer demokratischen Vorgangsweise und können auch nachweisen, dass wir diese einhalten. Zurück zur Kollegin Rücker, zu ihrem Antrag, denn das ist ja das, was uns eigentlich beschäftigt. Der Herr Rechnungshofdirektor, das ist ebenfalls in den Beratungen beschlossen worden, wird in Hinkunft zusätzlich zu den drei genannten Funktionsträgern teilnehmen am weiteren Controllingprozess, das ist eine Phase, die nach dem vorgesehenen Verfahren steht. Und derzeit ist die Umsetzung der Aufgabenkritik in den laufenden Budgetbesprechungen, wie sie vorgesehen sind, genau nach dem Verfahren, das das Statut und die Geschäftsordnung vorsieht, ist die Umsetzung dort vorgesehen nach den Ergebnissen und Vorgaben der Aufgabenkritik und sie werden selbstverständlich in allen in Frage kommenden Ausschüssen den Budgetentwurf in allen Phasen zur Beratung bekommen und dann können wir selbstverständlich der Beschlussfassung in diesem Haus und wollen ihr nicht vorgreifen, sondern es wird hier beraten werden, wie vorzugehen ist. Sie sehen also, dass wir in aller Ruhe und Sachlichkeit hoffentlich gemeinsam am gemeinsamen Ziel arbeiten. Und bitte, Herr Kollege Korschelt, keine falschen Märchen und ich muss deutlicher werden, bitte keine Unwahrheiten, denn es war mir

ein Anliegen festzustellen, dass Sie, ich möchte Ihnen nicht vorwerfen, dass Sie die Unwahrheit gesagt haben, das würde einen Vorsatz bedeuten, aber Sie haben objektiv die Unwahrheit gesagt und das galt es richtig zu stellen. Die Fraktion der Volkspartei wird daher aus den gut abgewogenen Gründen, Frau Kollegin Rücker, dem dringlichen Antrag keine Zustimmung geben, nimmt aber mit Freude zur Kenntnis, dass auch die Grüne Fraktion am gemeinsamen Ziel mitarbeiten möchte. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Zuerst zum Karl-Heinz Herper, weil das Stück noch nicht da ist, stellen wir jetzt den Antrag. Weil wir nicht dann, wenn das Budget beschlossen wird, im Nachhinein uns darüber ärgern, dass eben nichts da ist, deswegen stellen wir jetzt diesen dringlichen Antrag, weil du gesagt hast, es ist noch zu früh.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Es wird was da sein.

GRin. **Rücker:** Es wird was da sein, die Versprechungen... Was mir nur wichtig ist, dass wir in verschiedenen Bereichen immer mehr merken, wir müssen Informationen in diesem Haus laufend nachlaufen und wenn wichtige grundlegende Prozesse in dieser Stadt stattfinden sollen, die momentan mehr denn je eine möglichst breite Basis, eine möglichst breite politische Basis brauchen über die Ideologien hinweg, dann wird es notwendig sein, dass man rechtzeitig in einen transparenten Informationsprozess hineingeht. Es wird nicht anders gehen, wir laufen in verschiedensten Bereichen Informationen nach, weil wir zufällig irgendwo was hören, telefonieren herum, damit wir zu den Informationen kommen, damit wir irgendwie in einem demokratischen Prozess uns beteiligen können. Gleichzeitig werden fleißig Informationen, Entscheidungen aus dem Gemeinderat sukzessive hinausverlagert, wir wissen eh, die Frage der Beteiligungen brauche ich jetzt nicht anschneiden, also wenn in dieser Stadt gemeinsam Getragenes in Zukunft halten soll, dann werden wir

uns da etwas überlegen müssen. Vor allem ihr, bitte sehr, von den regierenden Fraktionen. Zum Herrn Kollegen Korschelt, wenn der Herr Mag. Korschelt reitet, dann reitet er, es ist nur ein bisschen tief und es ist schade, dass Diskussion, die meiner Meinung nach schon auf einer sachlichen Ebene durchaus emotional, weil es geht um ein emotionales Thema, es geht darum, wie die Zukunft dieser Stadt ausschaut und das ist emotional, weil wir alle in dieser Stadt, nehme ich an, gerne leben und auch gerne weiterleben werden. Aber manche Diskussionsbeiträge sind wirklich nicht unbedingt förderlich, um eine Diskussion zu haben, die produktiv ist. Die Elke hat es angesprochen eben, es geht um die Zukunft. Es geht darum, wo ist abzulesen, wohin die Stadt geht und wir können jetzt nicht hergehen, und das habe ich schon ein paar Mal gesagt und dieser Eindruck bleibt aber bestehen, so zu tun, als würden wir das Weiterleben in dieser Stadt auf später verschieben. Wir können jetzt nicht hergehen und sagen, wir haben keine Vision, wir haben kein Bild von der Zukunft, aber jetzt sparen wir einmal, es bleibt nicht bestehen das Bild von dem, wohin diese Stadt geht. Es wird nicht ablesbar, was die Stadtregierung für eine Vision hat und wenn das nicht ablesbar ist, dann dürfen wir auch der Bevölkerung schwer verklickern können, wofür sparen und wofür sich den Gürtel enger schnallen, wie schön dieser Begriff immer auch sein mag und wie sehr er abgelutscht sein mag, sein soll, also das bleibt immer noch nicht ablesbar. Und das ist der Prozess, den wir gerne hier herinnen hätten, die Diskussion darüber, wohin geht diese Stadt, welche Prioritäten setzt sie sich. Und es gab in diesem Aufgabenkritikstück, das ich sehr genau kenne, das wir auch deswegen nicht mitbestimmt oder mitbeschlossen haben, weil wir eben einen Zweifel hatten daran, dass dieses Prozedere bei einer nicht erfolgten Prioritätensetzung Sinn macht, haben wir dem nicht zugestimmt, aber wir kennen das Stück. Wir stehen jetzt an dem Punkt, dass manche dieser Zweifel sich bestätigt haben, manche vielleicht auch gar nicht, aber es gibt einfach wesentliche Zweifel, und das ist genau diese Frage, wohin geht die Stadt und sie wird weitergehen müssen, das ist ein lebender Organismus, wir werden nicht die Stadt zusperren können und so tun können, als würden wir uns jetzt fünf Jahre hinuntersparen und dann geht wieder alles weiter. Dazwischen gibt es ganz viele Dinge, die auf der Strecke bleiben. Zum Kollegen Piffil noch eine Geschichte. Der § 98 wurde herausgenommen, offensichtlich ist uns ein Fehler unterlaufen, der aktualisierte Antrag ist bei euch nicht, aber er liegt aktualisiert vor, weil eben leider dieses Statut nicht zugeschnitten ist auf ein Projekt wie eine Aufgabenkritik, da müssen wir vielleicht etwas ändern.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ändert nichts.

GRin. **Rücker:** Was mir neu ist, da möchte ich nachfragen beim Herrn Kollegen. Dass wir die Budgetentwürfe einzeln durchdiskutieren in den Ausschüssen, mir ist bekannt, dass wir ein fertiges Budget vorgelegt bekommen und das abstimmen müssen. Wenn das so ist, dass ein Budgeterstellungprozess transparent Schritt für Schritt für alle zugänglich stattfindet, dann will ich das nur weiter befördern.

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte nur sagen, damit da kein Irrtum aufkommt, es ist für mich keine Beleidigung, mit Folke Tegetthoff in Verbindung gebracht zu werden. Ich bin stolz, dass wir den Folke Tegetthoff haben und ich sage Ihnen auch, ich komme zu vielen Aussagen und zu vielen verbalen Äußerungen von Menschen, da sind mir Märchen oft gar nicht so unwichtig, weil drinnen steckt zumindest immer ein Fünkchen Wahrheit (*Applaus ÖVP*) und es siegen immer die wieder die Guten, sagt mir gerade die Frau Stadträtin, und ich möchte nur einen Punkt zur Aufgabenkritik Ihnen da noch mitgeben. Das waren über 600 Vorschläge unserer Beamtinnen und Beamten und wir haben aus diesen Vorschlägen, und wenn ich sage wir, meine ich die zwei Fraktionen SPÖ und ÖVP, gesagt, da kommen einige für uns gar nicht in Frage und dann rechnen wir einmal zusammen, ob das rauskommt, was der Gemeinderat uns vorgegeben hat. Und das ist das, was wir hier gemacht haben und drunter sind auch einige unangenehme Mitteilungen, weil Sparen ist nichts Positives, wenn man das politisch verkaufen will, sondern ist leider Gottes einmal für die Bevölkerung und für alle, die davon betroffen sind, was Negatives. Und wir haben gesagt, wir bringen dieses Paket und es ist leider nicht und das sage ich auch dazu, möglich, im Hause dieses Paket herinnen zu behalten, deswegen ist es öffentlich schon diskutiert worden vom Christbaum bis zur Abschaffung von Bibliotheken und all diese Dinge waren da schon draußen, und deswegen mussten wir in einem möglichst raschen Schritt dann auch alle informieren und sagen, in der Aufgabenkritik, das, was wir Ihnen übergeben haben und zwar über den Gemeinderatsbeschluss hinaus, ich ersuche da alle Fraktionen um

Verständnis, wir haben die FPÖ und die Grünen jetzt eigens informiert, es ist bitte nicht vorgesehen gewesen. Wir haben gesagt, wir haben eine Konsolidierungsgruppe, da sitzen die Stadtregerer plus der Herr Personalvertreter Dr. Techt drinnen, das haben wir jetzt erweitert. Wir haben Ihnen die Liste der Möglichkeiten gegeben und wenn wir andere Möglichkeiten noch finden, dann werden wir das gerne tun, aber die 30 Millionen Euro im nächsten Budget zustande zu bringen, ist nicht einfach. Der Prozess läuft, wenn ich so sagen darf, jetzt offen seit Monaten und wird im Budgetbeschluss münden und da gibt es noch viele Wenn und Aber da drinnen, weil allein auf der Liste, weil Sie als Dienstgeber mich angesprochen haben, auf der Dienstnehmerliste sind über 30 Punkte drauf, die ergeben das Fünffache des vorgegebenen Einsparungspotentials und aus dem heraus werden wir, so wie wir es da herinnen gewohnt sind, sozialpartnerschaftlich schauen, dass wir die vorgegebenen Summen erreichen. Und das bitte ich auch hinzunehmen und deswegen erwarten wir auch am Dienstag die Vertreterinnen und Vertreter und da werden Schüler mit dabei sein, so habe ich es gemeint, die Elternvertreter, der Lehrkörper, da wird einiges auf uns zukommen, auch aus den Bezirken, um mit ihnen das zu diskutieren, was eigentlich gemeint ist, dass man irgendwann sinnvoll ein bisschen was wegnimmt, um die Hauptadern dieser Stadt am Leben zu lassen. Neun Milliarden Schilling, umgerechnet rund 600.000,- bis 700.000,- Millionen Euro, wird es auch in den nächsten Jahren geben, immer wieder Ausgaben, aber es fehlen uns halt leider auch ungefähr 100 Millionen und das gilt es abzuwägen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.